

Vielleicht ist das die frohe Botschaft der Stunde: Inzwischen nimmt kaum noch einer ein Blatt vor den Mund. Jürgen König, der Zweite Vorsitzende der Ludwigshafener Ehrenamtsbörse „Vehra“ und damit auch für die Ludwigshafener Tafel mitverantwortlich, tut's jedenfalls nicht. „Wenn ich manche Kommentare der Politiker höre, dann finde ich das vollkommen deplatziert“, sagt König. „Die sollten sich erst mal mit der Situation vor Ort beschäftigen.“

Wir reden über den Aufreger der Stunde: Die Entscheidung der Essener Tafel, vorerst keine Menschen ohne deutschen Pass neu in die Kundenkartei aufzunehmen. Wir reden über einen Vorgang, der nach Meinung mancher Kommentatoren die Republik spaltet – als ob eine tief gesplattene Republik da noch nachlegen müsste. Und wir reden über die sozialen Verwerfungen, die durch den Zustrom von rund einer Million Flüchtlinge noch deutlicher werden, als sie es eigentlich schon vorher waren. Für jeden, der es wissen wollte. Aber bevor wir weiterreden, reden wir vielleicht erst mal mit denen, die's direkt betrifft.

Dass die Tafeln Probleme haben, alle Bedürftigen zu bedienen, ist seit Jahren bekannt.

Mit der Frau aus dem Ludwigshafener Stadtteil Gartenstadt beispielsweise, die mit ihrem Einkaufsroller im trüben Vorfrühling vor der Ludwigshafener Tafel wartet, mit Nummer 46. Was heißt: Wird noch dauern. Bei der Ludwigshafener Tafel wird man seit jeher nach Nummer bedient, mehr als fünf oder sechs Kunden auf einmal werden nicht eingelassen. „Teils, teils“, sagt die Frau, der man ihre Armut deutlich ansieht, auf die Frage, was sie denn vom Essener Aufreger der Stunde hält: „Es gibt welche, die denken, sie wären's“, sagt sie und meint Migranten. „Auf der anderen Seite trifft's auch Leute, die schon lange hier sind“, meint die Frau.

Wenige Meter weiter wartet in seinem Elektrorollstuhl ein älterer Herr mit türkischen Wurzeln, der einem bereitwillig seine Lebensgeschichte erzählt: Lebenslang als Handwerker gearbeitet, Ende der 1970er-Jahre in Deutschland Asyl beantragt, dann hier eine Familie gegründet, er hat inzwischen einen deutschen Pass. Nach einem Autounfall im Rollstuhl – und seit fünf Jahren Kunde der Tafel. „Was soll ich machen?“, sagt der freundliche 63-Jährige, „Ich leb' von Grundsicherung.“ Nur alle 14 Tage dürfen sich die Kunden in Ludwigshafen, rund 1000 Haushalte oder 2500 Personen, im Laden bedienen. „Trotzdem gut!“, sagt der Mann und lächelt. Hätte die politische Diskussion nur halb so viel Realismus wie die der Armen vor der Ludwigshafener Tafel – die Vorgänge in Essen hätten nie die Wellen geschlagen, die sie geschlagen haben.

Wer sich mit der Diskussion um die Essener Tafel beschäftigt, der nähert sich der Grundfrage, woher sie eigentlich rührt, die Spaltung der deutschen Gesellschaft, die sich gerade in den Diskussionen zu Flüchtlingen und Zuwanderung oft so heftig manifestiert. Was zunächst ja eigentlich kein Wunder ist: Es hat sich dieses Land im Sommer 2015 selbst eine Großaufgabe in sozialer Integration auferlegt – und die hat ausgerechnet auf den Feldern stattfinden müssen, auf denen der Sozialstaat in den zehn, fünfzehn Jahren ansonsten durch zunehmende Abwesenheit gegläntzt hat.

Der Riss

Die Entscheidung der Essener Tafel, vorerst keine ausländischen Kunden mehr neu aufzunehmen, hat für eine teils erregte Debatte gesorgt. Sie zeigt, wie tief gespalten dieses Land inzwischen ist. Und sie zeigt: Wer ausgerechnet die Ärmsten die Probleme der Zuwanderung lösen lassen will, der hat bald selbst ein Problem.

Ein Debattenbeitrag von Daniel Krauser

Dass beispielsweise die Tafeln Schwierigkeiten haben, alle Bedürftigen zu bedienen, ist seit Jahren bekannt: Diese Zeitung hat im Mai 2015 – also vor Einsetzen der Flüchtlingskrise – über die Schwierigkeiten auch der Ludwigshafener Tafel berichtet, genügend Lebensmittelpenden zu akquirieren, man hatte damals einen Aufnahmestopp für Neukunden verhängen müssen. Schon damals hatte eine Sprecherin des Tafel-Bundesverbandes eine Kritik geäußert, die der Ludwigshafener Tafel-Mann König jetzt noch einmal wiederholt: „Am Ende des Tages tut das Sozialamt so, als wären die Tafeln sein verlängerter Arm.“ Wer da erstaunt ist, dass der Massenzug von Flüchtenden die Situation mancher Tafeln eher verschärft als entspannt, muss sich wirklich fragen lassen, wo er die vergangenen Jahre verbracht hat.

Man kann den Druck, der auch durch den Zuzug von einer Million Menschen entstanden ist, auf der sozialen Skala gleichsam herunterdeklinieren. Anhand der Frage nach bezahlbarem Wohnraum beispielsweise für Geringverdiener oder Alleinerziehende in den Ballungsräumen. War doch eigentlich schon im Sommer 2015 absehbar, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge zunächst kaum in den Mittelschichtvierteln landen würde, den Speckgürteln oder den urbanen Quartieren aus stramm nach oben sanierten Altbauwohnungen. Inzwischen hat eine Stadt wie Pirmasens vom Land einen Zuweisungsstopp für anerkannte Asylbewerber erwirkt – weil die Menschen eben dahin streben, wo

überhaupt noch bezahlbare Wohnungen zu bekommen sind. Man kann den Druck anhand der Obdachlosenhilfe illustrieren: Es gab und gibt Übernachtungsheime, die vorneweg zur Hälfte mit Flüchtlingen belegt sind. Oft hinter vorgehaltener Hand artikuliert die Sorge vieler Helfer: Was passiert, wenn eine noch größere Zahl von Geflüchteten in der Obdachlosigkeit landet – und die vorhandene Struktur der Obdachlosenhilfe, mehr oder weniger auf Kante genäht, überfordert?

Gerade kommt übrigens Notger mit einem Kumpel bei der Ludwigshafener Tafel vorbei, beide Bewohner des nahen Unterbringungsgebiets an der Bayreuther Straße. War gerade beim Einkaufen, Notger. Zeit für ein kleines Schwätzchen ist immer: Bei der Tafel war er noch nie, hat wohl mal versucht, sich da anzumelden, damals „haben die aber keinen genommen“, Stichwort Aufnahmestopp. Die Lage hat sich inzwischen etwas entspannt: Durch das Aussortieren von Karteileichen konnte man peu à peu wieder Neukunden aufnehmen. „Wer länger als ein Vierteljahr nicht kommt, fliegt aus der Kartei“, erklärt Tafel-Leiterin Stephanie Zimmer.

Was zur Frage führt: Geht's uns am Ende des Tages dann doch besser, als wir tun – und als insbesondere der überhitzte Diskurs zur Flüchtlingskrise oft unterstellt? Die Sozialausgaben in Deutschland steigen seit Jahren jedenfalls schneller als die Gesamtwirtschaft. Gestiegen ist in den letzten 15 Jahren allerdings auch die Anzahl der Tafeln, auf zurzeit bundesweit knapp

940 – und eine große Gründungswelle ist um die Mitte der 2000er-Jahre angerollt, also zu jener Zeit, als die Hartz IV-Reformen umgesetzt wurden.

Laut Statistischem Bundesamt waren 2016 16,5 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet – und gerade Alleinerziehende und Erwerbslose haben in Deutschland ein signifikant erhöhtes Risiko, dauerhaft in Armut abzurutschen. Die Frage ist also: Welche Schichten und Gruppen fördert der Staat – und welche Symbole setzt er damit gerade für jene, die der staatlichen Zuwendung eigentlich am dringendsten bedürfen? Der im Bund angedachte Wegfall der Kita-Gebühren für alle ist ein Beispiel für einen sozialstaatlichen Eingriff, von dem vor allem die Mittelschichten profitieren würden – genauso wie das Elterngeld: Um die 6,5 Milliarden Euro wird der Staat nach Medienberichten 2017 für ein Mittel ausgegeben haben, von dem Kinder aus sozial schwachen Familien eher wenig haben.

6,5 Milliarden für das Elterngeld von insgesamt um die 920 Milliarden Euro Sozialausgaben (Stand 2016) scheinen nicht viel – aber gerade in

Vielleicht erwächst aus dem Streitfall auch Gutes: die Tendenz, die Probleme offener auszusprechen.

solchen Symbolen verdichtet sich jener Generalverdacht, der die deutsche Gesellschaft spaltet. Dass Sozialpolitik teilweise falsch gesteuert, immer mehr Klientelpolitik für die Mittelschichten sei – die jene Politik über ihre Steuern dann auch noch selbst zu finanzieren haben. Dass jene Mittelschichten immer weniger Interesse für die Lebenswelten der Ärmteren aufbrächten. Dass die Schwierigkeiten der Integration von einer Million Flüchtlingen auch deshalb sträflich unterschätzt worden seien, weil die da oben gar nicht mehr wissen, welche existenzielle Not die da unten beutelt. Und dass dies alles, das Zusammentreffen von alter Armut und neuer Armut inklusive nicht ausbleibender Verteilungskämpfe, die Mehrheitsgesellschaft eigentlich nur dann interessiert, wenn etwas gründlich schief läuft und Anlass zu eher selbstbezogener politischer Rhetorik bietet. Essen war da offenbar eine Steilvorlage. Stellvertretend sei die Bundeskanzlerin zitiert: „Das ist nicht gut. Aber es zeigt auch den Druck, den es gibt“, so Angela Merkel – die für den „Druck“ ja wohl mitverantwortlich ist.

Vielleicht erwächst aus dem Streitfall Essen ja aber auch Gutes: Vielleicht verstärkt sich die Tendenz, die Probleme zwischen Zuwanderung, Entsolidarisierung der Gesellschaft und sozialer Deklassierung endlich offener auszusprechen – und ganz grundsätzlich genauer hinzuschauen. Bei der Ludwigshafener Tafel schaut an diesem trüben Vorfrühlingstag jedenfalls das RTL-Fernsehen vorbei. Gerade hat ein Bündnis von über 30 bundesweit aktiven Verbänden, unter anderem der Paritätische Wohlfahrtsverband, motiviert von der Debatte um die Essener Tafel, eine Kampagne für eine „Offensive Sozialpolitik“ gestartet.

Weitermachen wie bisher wird jedenfalls kaum gehen. Jürgen Kaube, Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, hat angesichts des politischen Echos zur Essener Entscheidung in einem treffenden Artikel die Frage gestellt, wen Jörg Sartor, der Leiter der Essener Tafel, jetzt eigentlich noch wählen soll. Die implizite Antwort, nichts oder die AfD, gefällt Kaube ganz und gar nicht. Und damit ist er hoffentlich nicht alleine.